



IVH-Flash-Report 26 / 2010

► ► *Bürgermeisterkandidat Ahlhaus wird nicht alle GAL-Stimmen erhalten*

Bei seiner voraussichtlichen Wahl zum Bürgermeister 25. August wird Christoph Ahlhaus nicht alle Stimmen seines Koalitionspartners GAL erhalten. Mickael Gwosdz hat als erster GAL-Abgeordneter angekündigt, Ahlhaus nicht mitwählen zu wollen. Neben den 56 Stimmen der CDU-Fraktion benötigen Ahlhaus und alle Senatoren mind. 5 Stimmen aus der 12-köpfigen GAL-Fraktion. Umgekehrt gilt es als unsicher, dass die GAL-Schulsenatorin Goetsch die notwendigen Stimmen der CDU-Fraktion erhält.

► ► *GAL kündigt „Schulfrieden“ mit anderen Parteien auf*

Die GAL hat den medienwirksam geschlossenen Schulfrieden mit den anderen Bürger-schaftsparteien inhaltlich aufgekündigt. Nach Ansicht der GAL hätte der 10-jährige Ver-zicht auf Schulreformen nur Bestand gehabt, wenn die 6-jährige Primarschule eingeführt worden wäre. Zudem will Schulsenatorin Goetsch entgegen dem Ergebnis des Volksent-scheids die 23 Schulen, die bereits zum Ende der Sommerferien Primarschulen werden sollten, im Rahmen eines „Schulversuchs“ in 6-jährige Grundschulen umwandeln.

► ► *Energiesteuerpläne der Bundesregierung gefährden Industrie*

Der BDI und andere Wirtschaftsorganisationen haben die bekanntgewordenen Planun-gen der Bundesregierung zur Erzielung von Mehreinnahmen bei der Stromsteuer von mind. 1 Mrd. € p.a. scharf kritisiert. Der geplante Abbau zugesicherter Deckelungen der Aufwendungen, insbesondere bei der Ökostener bedeutet vor allem für die energieintens-ive Industrie erhebliche, den Standort gefährdende Mehrbelastungen. Der IVH wird ge-meinsam mit den betroffenen Unternehmen eine ablehnende Stellungnahme erarbeiten.

► ► *EU-Kommission will vorzeitiges Ende der deutschen Kohleförderung*

Die EU-Kommission hat in Abwesenheit von Kommissar Oettinger ein europaweites Ende der subventionierten Steinkohleförderung ab 2014 beschlossen. Die vom Beschluss über-raschte Bundesregierung hatte mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesländern nati-onal eine Fortsetzung der Förderung bis 2018 vereinbart. Es gilt als unwahrscheinlich, dass es der Bundesregierung über den Ministerrat gelingen wird die Zulässigkeit der Steinkohleförderung über 2014 hinaus zu erreichen.

► ► *Krankenkassen mit Zusatzbeiträgen verzeichnen Mitgliederschwund*

In den Monaten nach Einführung haben die 16 gesetzlichen Krankenkassen mit Zusatz-beiträgen bereits 900000 Mitglieder verloren. Die Zahl der Wechsler zwischen den Kas-sen ist deutlich höher als zu Zeiten der uneinheitlichen Beiträge. Es gilt als unwahrschein-lich, dass die betroffenen Krankenkassen trotz der angekündigten Erhöhung der Beiträge von 14.9% auf 15.5% im kommenden Jahr auf einen Zusatzbeitrag verzichten können.

► ► *Schwere Regierungskrise in Italien*

MP Berlusconi hat den ehemaligen Vorsitzenden der in Berlusconi's Partei aufgegan-genen Postfaschisten und amtierenden Parlamentspräsidenten Fini aus der gemeinsamen Partei ausgeschlossen. Fini, der voraussichtlich eine neue unabhängige Partei gründen wird, hat die Unterstützung zahlreicher Abgeordneter in beiden Kammern, so dass das Berlusconi-lager voraussichtlich seine Parlamentsmehrheiten verlieren wird. Berlusconi hatte für diesen Fall Neuwahlen angekündigt.

Hamburg, 30. Juli 2010